



Verband Bildung und Erziehung  
Städteregion Aachen

## „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen“

### B. Franklin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die nachfolgenden Fragen hat der VBE Region Aachen den Parteien bereits vor Ausbruch der Corona Pandemie am 13. März gestellt. Da alle Themen weiter aktuell sind und die Corona Pandemie lediglich gezeigt hat, dass der Handlungsbedarf gerade im Bildungsbereich unverändert hoch ist, haben wir uns entschieden die Fragen nur geringfügig zu überarbeiten.

Ich bedanke mich bei allen politischen Akteuren für die Beantwortung der Fragen.

Es antworteten:

- für die CDU - Hendrik Schmitz
- für die FDP - Frank Schniske
- für die SPD - Sandra Niemaier
- für die Grünen - Ulla Griepentrog und Karin Schmidt Promny

**Wichtig: Es war nicht möglich, auf alle Kommunen der Städteregion im Besonderen einzugehen. Einige Antworten beziehen sich daher konkret auf Kommunen vor Ort. Aus den Antworten kann man trotzdem Rückschlüsse auf den Stellenwert der Schul- und Bildungspolitik ziehen.**

Der VBE wird weiterhin – als größte Bildungsgewerkschaft in der Städteregion Aachen – sich beharrlich und konsequent für Ihre Belange und ein zeitgemäßes Bildungssystem einsetzen!

Herzliche Grüße

Matthias Kürten  
Vorsitzender VBE Aachen

Aachen, 18.08.20

[www.vbe-ac.de](http://www.vbe-ac.de)

## Fragen des VBE an die Parteien zur Kommunalwahl

### I. Lehrkräftemangel

*Erstes Thema: Lehrkräftemangel. Eine besondere Herausforderung in der Städteregion ist der Lehrkräftemangel. Von 70 Stellen konnten im zweiten Halbjahr 2019 nur 4 (!) mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden und selbst Seiteneinsteiger möchten nicht mehr an Schulen arbeiten: 3 von 4 Stellen bleiben unbesetzt, rein rechnerisch stehen schon heute für 10% der Kinder keine Lehrkräfte mehr zur Verfügung, ausgebildete Lehrkräfte noch viel weniger. Die Folgen wie Unterrichtsausfall, schlechtere Leistungen in Mathe und Deutsch sind schon heute spürbar, von der Belastung der Kolleginnen und Kollegen ganz zu schweigen.*



**Was planen Sie als Partei ganz konkret um den Lehrkräftemangel in der Städteregion zu beseitigen? Was planen Sie vor Ort, um die Städteregion für Lehrkräfte attraktiver zu machen?**



**Frank Schniske:** Ich habe mich vor 25 Jahren selber dazu entschlossen Lehrer zu werden, und ich bereue es keinen einzigen Tag. Aber zur Wahrheit gehört natürlich auch, dass die Attraktivität für den Beruf in den letzten Jahren nicht unbedingt gestiegen ist. Der Lehrermangel hat viele Ursachen, und dabei spielt nicht nur die Frage nach A13 eine Rolle. Die FDP hat sich sehr konkret dafür eingesetzt, dass Grundschullehrkräfte wieder an der RWTH Aachen ausgebildet werden. Ich glaube, dass sich die Städteregion als Lebensraum nicht hinter anderen Regionen verstecken muss, aber ohne eigene Ausbildung hier in Aachen uns hervorragende Lehrerinnen und Lehrer wegen des bekannten Klebeeffektes verloren gehen.

Konkret vor Ort halte ich es für unerlässlich unseren Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern die bestmögliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, damit in den Schulen in Würselen und der Städteregion nach besten und modernsten didaktisch-methodischen Ansprüchen gearbeitet werden kann. Konkret bedeutet dies nun, dass wir nach dem Neubau der Gesamtschule als nächstes das Gymnasium neu bauen werden. Mir ist aber der Dialog mit allen Bildungseinrichtungen für die die Stadt die Verantwortung trägt wichtig. In jeder Schule werden die Bedürfnisse unterschiedlich sein, deswegen ist eine konkrete Aussage hier schwierig.



**Ulla Griepentrog:** Wir beobachten den Lehrkräftemangel seit Jahren. Da die Einstellung nicht Aufgabe der Kommune ist, sind die kommunalen Möglichkeiten leider begrenzt. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Lehrerausbildung an der RWTH ein. Gleichzeitig brauchen wir an Schulen auch weitere Professionen!

Aachen als Ort attraktiver machen? Gerne! Seit Jahren fordern wir auch ein Jobticket für die Lehrkräfte in Aachen. Beispiele wie das Jobticket bei der Polizei zeigen, dass sich da Möglichkeiten auch für Landesangestellte auf tun.

Vernetzung zwischen den Schulen und Fortbildungsangebote direkt vor Ort in Aachen müssen mit der RWTH, dem Bildungsbüro und dem Kompetenzteam der Städteregion verstärkt werden.

**Karin Schmitt-Promny:** Die Ausführungen zur Situation der Lehrer\*innenversorgung in der Städteregion Aachen und in unseren Kommunen sind alarmierend; sie ist im Wesentlichen von der Bewältigung des Mangels gekennzeichnet. Wir Grüne teilen Ihre Sorgen in vollem Maße, sowohl hinsichtlich der Arbeitssituation der Lehrkräfte wie auch hinsichtlich zu erwartender negativen Folgen von Unterrichtsausfall in erheblichem Maße für die Kinder.

Die Städteregion und auch die Kommunen können nicht direkt auf den Lehrermangel einwirken, weil die Lehrer\*innenversorgung Landessache ist. Wie Sie wissen, haben wir uns in Düsseldorf für die Gleichwertigkeit der Lehramtsstudiengänge eingesetzt. Das Grundschullehramt braucht weiterhin eine Aufwertung, auch in der Angleichung der Bezüge, um das Gefälle der Zahl der Lehramtsstudent\*innen vom gymnasialen Lehramt hin zum Lehramt an Grundschulen zu reduzieren und damit mehr Lehrkräfte für den Grundschulbereich zu gewinnen. Die geplante Erweiterung der Zahl der Gymnasiallehrkräfte, die für ein Zeitfenster an Grundschulen arbeiten und dann ans Gymnasium wechseln, mag ein Notpfropfen sein, ist aber keine Lösung.

Mit Blick auf unsere Gesellschaft arbeiten wir Grüne mit daran, den Stellenwert des Bildungsbereiches, und damit auch der Schulen, und der pädagogischen Kräfte, der Lehrer\*innen und Erzieher\*innen zu verdeutlichen und zu verbessern. Die Qualität unserer Pädagog\*innen und ihrer Arbeit sind entscheidende Faktoren für unsere Zukunft.

Zur Städteregion

Da die untere Schulaufsicht in der Städteregion angesiedelt ist, können wir von dieser Ebene berichten, dass es ein großes Bemühen gibt, den Mangel einigermaßen gerecht zu verwalten und für eine ausgeglichene Versorgung der Grundschulen mit Lehrkräften zu sorgen. Dabei ist uns Grünen wichtig, dass auch berücksichtigt wird, an welchen Schulen der Bedarf an unterstützender Leistung der Grundschulen für die Entwicklung der Kinder am höchsten ist. Aber auch, wenn all dies versucht wird, ist das Grundübel damit nicht aufzulösen. Zudem kann es doch immer wieder durch den Ausfall von Lehrkräften zu weiteren Engpässen kommen, die in dieser Situation noch gravierender wirken. Was ein positiver Aspekt in unserer Grundschullandschaft ist, dass nach unserer Kenntnis der Bereich der Offenen Ganztagschule in unserem Schulbezirk besser organisiert und mit besseren Konzepten und fortgebildetem Personal arbeitet. Das dürfte sich auch auf die Situation an einer Grundschule unterstützend auswirken.

In den beiden Berufskollegs der Städteregion, die für Ausbildung von Erzieher\*innen zuständig sind, wird ein besonderes Augenmerk auf den zukünftigen Arbeitsbereich Offener Ganztage gelegt. Insbesondere das Berufskolleg Stolberg hat im Rahmen der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) ein Angebot entwickelt, das sich direkt an die Auszubildenden richtet, die im praktischen Teil ihrer Ausbildung in der Offenen Ganztagschule tätig sind. Hinweisen möchten wir auch auf KOBASI, Modellprojekt der Koordinierungs- und Beratungsstelle für systemische Inklusionsassistenz. Seit 2015 wird hiermit, unter Einsatz der Inklusionspauschale des Landes, ein neuer Weg für den Einsatz von Integrationsassistent\*innen und Schulbegleitungen für Schülerinnen und Schüler im Gemeinsamen Lernen gegangen, den wir Grüne politisch mit initiiert haben und an dessen Ausbau wir kontinuierlich arbeiten, in dem wir Jahr für Jahr die Erweiterung der Finanzierung durchsetzen konnten.

Uns wird rückgemeldet, dass damit noch nicht der Gemeinsame Unterricht abgesichert ist, dass aber diese Kräfte in den Grundschulen eine sehr willkommene und erfolgreich wirkende Unterstützung für die Lehrkräfte darstellen. Mit diesem Pool-Ansatz der systemischen Inklusionsassistent\*innen mit 35 Wochenstunden, die Teil des schulischen Teams sind, tragen Städteregion und zunehmend auch Kommunen dazu bei, allen Kindern, unabhängig von ihrem Förderbedarf, die Teilhabe am gemeinsamen Leben und Lernen in der Schule zu ermöglichen.

Mittelfristig muss es aber zu einem Mehr an ausgebildeten Grundschullehrer\*innen kommen. Das verlangt ein Mehr an Ausbildungskapazitäten. Wir setzen uns in der Städteregion dafür ein, dass an der RWTH Aachen wieder ein pädagogisches Studium ermöglicht wird und somit das Studium zum Grundschullehramt wieder hier stattfinden kann. Erste Signale aus der Hochschule sind positiv. Jetzt

geht es darum das Land dafür zu gewinnen, einen solchen Studiengang zu genehmigen und die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Neben der Erhöhung der Zahl der Lehramtsstudent\*innen erhoffen wir uns einen regionalen Effekt, dass bei den Absolvent\*innen ein Interesse besteht in unserer Region ihre dauerhafte Anstellung zu finden.



**Sandra Niedermaier:** Zu Beginn sei erwähnt, dass die Lehrerausbildung, die Einstellung und die Bereitstellung von Studienplätzen allein in der Hoheit der Landespolitik bzw. der Universitäten liegen. Die SPD hat, mit dem Wissen vor Ort, stets auf den absehbaren Mangel hingewiesen. Deshalb hat die SPD im Land schon vor Jahren die Hürden für den Seiteneinstieg stark abgebaut, Lehrkräfte aus der Pensionierung wieder aktiviert ohne Einbußen bei der Rente zu erhalten und ebenfalls die Lehrerausbildung modernisiert. Diese Maßnahmen verbessern die Situation zwar, dennoch reichen sie nicht aus. Was wir brauchen, ist wie in anderen Mangelberufen (Erzieher\*innen, Pflegekräfte etc.) eine breit angelegte Imagekampagne für den Lehrerberuf. Außerdem muss die Besoldung aller Lehrkräfte endlich mit A13 für alle angepasst werden. Die StädteRegion ist Schulträgerin von insgesamt 19 Schulen (neun Berufskollegs, sieben Förderschulen, zwei Weiterbildungskollegs und eine Schule für Kranke) ist. Alle anderen Schulen sind in Trägerschaft der jeweiligen Kommune. Als Schulträgerin haben wir keinen Einfluss auf das was gelehrt wird, oder gar die Einstellung von Lehrkräften, als Kommunalpolitik sind wir aber sehr wohl für eine gute Schulinfrastruktur verantwortlich. Sie werden mit Sicherheit zustimmen, dass sich eine gute Schulinfrastruktur positiv auf das Lernklima, die Produktivität und die Motivation der Schülerinnen und Schüler und auch auf Lehrkräfte auswirkt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass unsere Schulgebäude und die Ausstattungen der Schulen zukunftsfähig gemacht werden und unsere Schulen so attraktiviert werden, dass sie zu echten Lernwerkstätten werden. Wichtig ist uns außerdem ein kurzer und vertrauensvoller Draht zu den Lehrkräften und Schulleitungen, um schnell auf etwaige Entwicklungen reagieren zu können.



**Hendrik Schmitz:** Die CDU-geführte Landesregierung hat seit ihrem Regierungsantritt 2017 die Personalsituation an den Schulen in Nordrhein-Westfalen Schritt für Schritt verbessert. Dadurch konnten bisher bereits mehr als 3.200 Lehrerstellen besetzt werden, die ansonsten unbesetzt geblieben wären. In diesem Sommer wurde dazu das **vierte Maßnahmenpaket** vorgestellt. Darin leisten besonders die insgesamt 3000 Stellen im Rahmen der Vorgriffseinstellung an den neunjährigen Gymnasien einen wichtigen Beitrag für die Personalversorgung der kommenden Schuljahre. Zudem stellt das Kultusministerium zum Schuljahresbeginn zusätzlich 400 Stellen für befristete Beschäftigungen zur Verfügung für den Fall, dass regional nicht ausreichend freie Lehrerstellen zur Verfügung stehen.

In der StädteRegion unterstützt die CDU alle Initiativen und Akteure zur **Einführung von Studiengängen zur Lehrerausbildung** in der StädteRegion bzw. an der RWTH Aachen. In Aachen müssen, insbesondere für die Primarstufe, wieder Pädagogen ausgebildet werden. Durch den sogenannten „Klebeffekt“ motivieren wir Lehramtsstudenten, die durch ihr Studium unsere attraktive Heimat kennenlernt haben, sich in der Städtereion beruflich niederzulassen. Die StädteRegion soll zudem koordinierende Funktion wahrnehmen, um z.B. im Rahmen der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit neue Formen der Kooperation zur Ausbildung von Lehrkräften** aus Belgien, insbesondere mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zu erproben.

*Der Lehrkräftemangel macht nicht nur Eltern, Schülerinnen und Schülern zu schaffen, sondern belastet auch die Gesundheit der Lehrkräfte in einer nicht mehr zu verantwortenden Art und Weise! Der Krankenstand steigt, Kolleginnen und Kollegen möchten den Schuldienst verlassen (der VBE hat hierzu mehrfach Lehrkräfte im letzten Jahr beraten) und das Durchschnittsalter der Kolleginnen und Kollegen, die aus gesundheitlichen Gründen dienstunfähig werden, ist signifikant gesunken. Vor dem Hintergrund der Corona Pandemie war es geradezu beschämend, dass teilweise Schulen unzureichend mit einfachsten Hygieneartikeln, wie z. B. Seife, ausgestattet wurden!*



## **Was planen sie auf kommunaler Ebene, um die Lehrkräfte und das weitere pädagogische Personal in dieser schwierigen Situation zu entlasten? Welche Maßnahmen zur Lehrergesundheit schlagen Sie vor?**



**Frank Schniske:** Ich bin ein großer Befürworter der Multi-Professionellen-Teams. Als Lehrer schätze ich den ganzheitlichen Ansatz sehr. Unterschiedliche Professionen haben unterschiedliche Sichtweisen auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wenn wir diesen gerecht werden wollen, dann müssen wir mehr Fachleute in die Schulen holen, um das Lehrpersonal, welches ja eigentlich primär zum Unterrichten da sein sollte, zu entlasten. Hier ist meiner Meinung nach durchaus noch Luft nach oben.

Lehrergesundheit ist leider ein oftmals vernachlässigtes Thema. Covid-19 hat uns gezeigt, dass es an einfachsten hygienischen Mitteln in Schulen fehlt. Das darf in dieser Form nicht mehr vorkommen.

Ich bin mir aus eigener Erfahrung bewusst, dass die Belastungen im Lehrerberuf immens sind. Auch hier gibt es unterschiedliche Ansätze wie z.B. Lärmbelastungen reduzieren und Lehrerruheräume einplanen. Jedoch gilt hier dasselbe wie bei der letzten Frage. Die Anforderungen sind von Schule zu Schule unterschiedlich und werden somit immer eine Einzelbetrachtung sein. Am wünschenswertesten wäre natürlich eine Verringerung der Klassengrößen, die ich aber bei dem aktuellen Lehrkräftemangel mittelfristig nicht sehe.



**Ulla Griepentrog:** Das Lehrpersonal übernimmt seit langem Aufgaben, die weit über den pädagogischen Auftrag hinausgehen. Wir Grünen setzen uns daher seit vielen Jahren dafür ein, multiprofessionelle Teams an Schulen zu etablieren. Wir brauchen an Schulen neben den Schulsozialarbeitern auch Therapeuten, Berufsbegleiter und weiteres Fachpersonal.

Auch der „digitale Hausmeister“ entlastet Lehrpersonal und gehört selbstverständlich zum Schulpersonal.

Auch die Arbeitsplatzsituation von Lehrkräften ist in vielen Schulen nicht mehr zeitgemäß. Arbeitet man an einer Ganztagschule reicht „der halbe Schreibtisch“ nicht mehr als vollwertiger Arbeitsplatz. Hier ist der Schulträger gefordert, in Schulumbauten auch grundsätzlich die Erweiterung der Lehrerarbeitsplätze mitzuplanen. Gleiches gilt für alle Sozialräume an Schulen.

Die Forderung des VBE gleicher Lohn für gleiche Arbeit unterstützen wir auf ganzer Linie.

Auch wenn der Schule als Institution ein zentraler Stellenwert zukommt, so haben wir doch in Aachen ein breites Angebot an weiteren Lernorten von der VHS bis zur RWTH und vielen anderen. Wir GRÜNEN begrüßen dieses große Angebot in Aachen und wollen die Vernetzung der einzelnen Bildungsinstitutionen weiter vorantreiben. Das entlastet die Schule als Einrichtung und schafft gleichzeitig neue bildungspolitische Visionen.

Schulen und Lehrpersonal braucht mehr gesellschaftliche Wertschätzung. Insbesondere die Schulen, die sich intensiv mit Inklusion, Integration und der Ausbildung vieler Migrat\*Innen und Flüchtlingen befassen, brauchen Unterstützung und politische Aufmerksamkeit.

**Karin Schmitt-Promny:** Neben dem Problem des Lehrkräftemangels stellt sich in der kommunalen Verantwortung auch die Frage, welche Mittel bzw. welche Mitarbeiter\*innen den Grundschulen zur Verfügung stehen. Hier sehen wir eine Entlastung der Lehrkräfte in einer ausreichenden Besetzung der Schulsekretariate und auch der Hausmeister. So haben wir in der Stadt Aachen den Antrag gestellt, digitale Hausmeister einzusetzen, die in Schulen ( in der Gemeinschaft mehrerer Schulen ) die Betreuung der Digitalisierung übernehmen.

Die Frage zur Lehrgesundheit ist schwierig zu beantworten, da die Bedarfe individuell verschieden sind. Neben den bereits benannten Aspekten wie ausreichende Zahl der Lehrkräfte und der Unterstützung für Verwaltung und Infrastruktur ist sicher ein kollegiales Arbeiten im Team, die Kommunikation über die Arbeit sowie ein Austausch von Materialien hilfreich. Das körperliche Wohlbefinden trägt zur Gesundheit bei, Bewegung in unterschiedlichster Form gehört dazu, Yoga, Laufen, Schwimmen, mit dem Fahrrad in die Schule sind sicher entlastend, aber das obliegt der individuellen Entscheidung.



**Sandra Niedermaier:** Die NRW-Schulministerin leistet in der Corona-Krise leider keine gute Arbeit. Ihr Krisenmanagement ist schlecht, ihre Kommunikation ist es auch und wir vermissen die Bereitschaft, klare Entscheidungen zu treffen. Anweisungen an Schulen und Kommunen sind in den vergangenen Monaten häufig sehr kurzfristig ergangen. Viel zu viel Verantwortung wurde an Schulleitungen, Schulträger und Gesundheitsämter abgegeben und diesen kaum Zeit eingeräumt, sich vorzubereiten.

In der Städteregion werden wir eine Digitalisierungsoffensive auf den Weg bringen. Die Corona-Pandemie hat die Schwachstellen der Medienkompetenz und des Medieneinsatzes deutlich zu Tage gebracht. Das muss Antrieb unseres Handelns sein, dass wir besonders die heterogene Ausstattungssituation der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Lernmitteln beenden, aber genauso den Einsatz von Notebook, Laptop und Co. didaktisch sinnvoll in den Unterricht integrieren müssen. Hier müssen wir mit dem Bildungsnetzwerk der Städteregion Aachen Konzepte entwickeln, wie wir Lehrkräften ergänzende Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in diesem Bereich anbieten können. Wir sind davon überzeugt, dass diese Maßnahmen zu einer Entlastung von Lehrkräften führen kann.



**Hendrik Schmitz:** Diese Pandemie ist eine Herausforderung, die unser Land bisher nicht kannte. **Mit hohem persönlichen Einsatz sind Lehrerinnen und Lehrer während dieser Zeit oft bis an die Grenzen der eigenen Belastbarkeit gegangen. Sie leisten dabei Großartiges!**

Um die Lehrkräfte dauerhaft und strukturell vor Überbelastung zu schützen, hat die CDU-geführte Landesregierung schon **1.157 zusätzliche Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte** an besonders betroffenen Grundschulen in NRW geschaffen. Mit dem **vierten Maßnahmenpaket** und dem **Masterplan Grundschule der Landesregierung** wird es Schulen für das anstehende Schuljahr ermöglicht, **bis zu 400 freie Lehrerstellen dauerhaft mit sozialpädagogischen Fachkräften zu**



**besetzen.** Dieses zusätzliche Personal soll die Lehrkräfte vor allem beim Präsenzunterricht in der Schuleingangsphase entlasten. Der Masterplan sieht dabei einen weiteren Ausbau um 1250 auf insgesamt 3000 Stellen bis 2025 vor. Das Land stellt dafür mehr als 260 Millionen Euro bereit. Für Gemeinsames Lernen in der Grundschule werden die Stellen von derzeit 3500 um 800 Stellen erhöht. Zur Unterstützung der Schulleitungen sollen künftig alle Grundschulen unabhängig von ihrer Größe eine Stelle für eine Konrektorin bzw. einen Konrektor erhalten. Zusätzlich werden die Schulverwaltungsassistenzen ausgeweitet.

Die Kompetenzen und Möglichkeiten der Kommunen und der StädteRegion hierbei sind begrenzt. Wo die StädteRegion Lehrkräfte unterstützen kann, tut sie es mit großem Einsatz: durch die Einrichtung der **Schulsozialarbeit**, die **Schulpsychologische Beratungsstelle**, die **Beratung für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte** sowie das **Bildungsbüro der StädteRegion** mit seinen zahlreichen Angeboten, beispielsweise der **Schulentwicklungsbegeleitung**, dem **ELPri-Angebot** (*Übergang von der Elementar- in die Primarstufe*) und dem **ÜPS-Angebot** (*Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe*) und das **regionales Unterstützungsangebot speziell für Schulleitungen**.

Wo die StädteRegion als **Schulträger von 19 Schulen** auch Arbeitgeber (für das nichtpädagogische Personal) ist, ist es ihr Ziel, mit einer vorbildhaften Erfüllung der Fürsorgepflicht als Arbeitgeber in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Anfängliche Versorgungsengpässe während dieser weltweiten Pandemie durch Produktionsausfälle, unterbrochene Lieferketten und irrationale Hamsterkäufe konnten in der StädteRegion und ganz Deutschland recht schnell und unbürokratisch gemeistert werden. So wurden den Schulen in der StädteRegion 80.000 Alltagsmasken zur Verfügung gestellt, um einen reibungslosen und sicheren Schulunterricht zu gewährleisten. Glücklicherweise war die Situation in Deutschland dabei niemals so dramatisch wie in anderen Ländern.

## **2. Ausstattung der Schulen**

*Immer noch leiden die Schulen in der Städtereion, besonders kleinere Systeme wie die Grundschulen, unter einer enorm schlechten Ausstattung. An 90% der Schulen fehlen dienstliche Computer (bundesweit „nur“ 81%), die Welt ist digital, aber die Schulen der Städtereion noch analog. Für Kinder und Jugendliche ist es eine Glückssache des Wohnortes, ob sie eine angemessene und zeitgemäß ausgestattete Schule besuchen können. Auch andere Beispiele zeigen: Es brennt an allen Ecken und Enden. Es gibt Schulen, da teilen sich knapp 40 Personen eine Lehrertoilette und eine Schulsekretärin steht im Durchschnitt nur 20 Stunden die Woche an kleineren Systemen wie Grundschulen zur Verfügung, was bei weitem nicht ausreichend ist und immer noch von einer Schule des 20. Jahrhunderts ausgeht.*

*Die Rückmeldungen der Schulleitungen zeigen, dass die geschätzten Bedarfe an Ganztagesplätzen mittelfristig bis 2022/2023 in fast allen Sozialräumen der Stadt Aachen weiter steigen - auch bedingt durch den Rechtsanspruch der Eltern auf einen OGS-Platz. Damit wird eine Betreuungsquote von 80 % bis 100 % erforderlich sein.*

*Hierfür sind jedoch die Räumlichkeiten im Vormittags- und Nachmittagsbereich nicht überall ausgerichtet. Es sind Maßnahmen zur Raumoptimierung zur multifunktionellen Nutzung notwendig bzw. ein erhöhter Raumbedarf wird angemeldet.*

## **Welche Investitionsschwerpunkte setzt ihre Partei in den nächsten Jahren an den Schulen der Städteregion?**



**Frank Schniske:** In Würselen werden wir u.a. in den kompletten Neubau des Gymnasiums investieren. Meiner Meinung nach soll hier eine moderne Schule entstehen, die unsere Kinder und Jugendlichen auf ihr kommendes Leben vorbereitet. Dazu gehören moderne und innovative Konzepte die vor allem mit Weitsicht geplant sind. Dies gilt übrigens auch für die Grundschulen. Die digitale Welt ist in ständigem Wandel und deshalb können wir es uns nicht leisten eine Schule nur für die pädagogischen Anforderungen der kommenden zehn Jahre zu bauen. Vielleicht brauchen wir in unseren Schulen demnächst einen Raum für ein „VR-Labor“, in dem unsere Kinder und Jugendlichen mit der Lehrkraft in Geschichte einen Ausflug ins alte Rom machen, oder in dem die Englisch-Lehrkraft mit den Schülerinnen und Schülern die Sprachfertigkeiten im virtuellen London einübt. Aktuell klingt das vielleicht futuristisch, aber die Entwicklung seit dem ersten iPhone 2007 bis heute sind so rasant, dass wir mit der Gebäudeinfrastruktur aktuell in unseren Schulen hinterherhinken. Kurzfristig brauchen wir natürlich zunächst stabiles WLAN in den Schulen um überhaupt den nächsten Schritt zu machen. Aber es geht auch nicht nur um die digitale Infrastruktur, sondern um die Lernraumkonzepte und damit den grundsätzlichen pädagogischen Ansatz einer jeden Schule. Unterschiedliche pädagogische Konzepte bedürfen einer individuellen Lösung, gerade im Gebäudemanagement.



**Ulla Griepentrog:** Über das Schulreparaturprogramm hat die Stadt regelmäßig in die Schulsanierung investiert, aber vielfach nur den Status Quo erhalten können.

Schule der Zukunft ist eine Ganztagschule mit vielen differenzierten Ansprüchen - das betrifft sowohl die Grundschulen wie auch alle weiterführenden Schulen. Da ist Schule Lern- und Lebensraum und das muss in den Investitionen endlich berücksichtigt werden. Wir brauchen mehr Raum (Ganztage, Mittagessen, Freizeit, Lernen, Fördern), mehr Ausstattung (hier natürlich zunächst die digitale Ausstattung) und mehr Personal.

Um die Schulen so zu entwickeln, brauchen wir richtig viel Geld. Hierfür müssen langfristige Programme aufgelegt werden, bei denen alle Parameter berücksichtigt werden können und die in den nächsten 10 Jahren sukzessive abgearbeitet werden.

**Karin Schmitt-Promny:** Die Städteregion Aachen ist für die Berufskollegs und Förderschulen ( mit Ausnahme der LVR-Förderschulen) zuständig, für die Grundschulen sind es die jeweiligen Kommunen. Auf allen Ebenen ist der Bedarf der Sanierung der Schulen, auch der Grundschulen, erkannt und in den jeweiligen Haushalten sind Mittel für die Sanierungen und ggf. Erweiterungen eingestellt. Dazu wurden Mittel aus „Gute Schule 2020“ wie auch aus den Konjunkturmitteln eingesetzt. Diese Maßnahmen führen nicht von heute auf morgen zu einer besseren Situation, aber die Maßnahmen werden sukzessive nach einer kurz- und mittelfristigen Planung abgearbeitet. Dafür haben wir Grüne uns sowohl in Gestaltungsmehrheiten wie auch in der Opposition massiv eingesetzt. In den Kommunen ist es uns wichtig, dass beim Ausbau nicht nur die Gymnasien mit der Herausforderung der Rückkehr zu G9 in den Blick genommen werden, sondern auch die Grundschulen, die die Basis sind für erfolgreiche Entwicklungen und Lernbiographien unserer Kinder, und die Gesamtschulen, die ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.



Ein besonderes Augenmerk haben wir Grüne dabei auf die Digitalisierung der Schulen gelegt. So haben wir in der Städteregion erreicht, dass 25 % der Mittel aus „Gute Schule 2020“ für die Digitalisierung der Schulen verwandt werden. Dabei geht es zum einen um den Anschluss der Schule ans Netz, so dass jede Schule über W-LAN verfügt, wie auch um die technologische Ausrüstung entsprechend der jeweiligen Bedarfe der Schulen, ihrer Verwaltungseinheiten und insbesondere auch um die Ausstattung, die Lehrer\*innen zur Verfügung gestellt werden, um überhaupt die Digitalisierung im Unterricht in Angriff nehmen zu können. Dabei ist für uns entscheidend, dass vor der Auswahl der Technik eine Konzeption der Schulen erarbeitet wird, wie sie die Digitalisierung in Unterricht und Schulleben einbeziehen wollen. Ebenso wichtig ist uns die Fortbildung der Lehrer\*innen, damit sie ihren Weg finden, digitale Medien verantwortlich in ihren Unterricht und ihre Arbeitsorganisation einzubeziehen.

Darüber hinaus ist für uns Grüne die Digitalisierung in Schule nicht denkbar ohne eine medienpädagogische und medienkritische Begleitung der Schüler und Schülerinnen. Dabei soll das Ziel verfolgt werden, sie zu eigenständigen, kenntnisreichen und selbstbewussten Nutzer\*innen unserer digitalisierten Welt werden zu lassen.

Auf Landesebene fordern wir schon lange, dass die Digitalisierung in unseren Schulen die Ausstattung der Lehrer\*innen mit den notwendigen digitalen Arbeitsmedien einschließt. Auch darf die Digitalisierung nicht zur sozialen Aussonderung führen. Deshalb braucht es die Förderung der Schüler\*innen, die nicht über Smartphone oder Tablet verfügen können.

Die Zahl der Plätze im Offenen Ganztags ist seit seiner Einführung stetig gestiegen und steigt weiter. Dem begegnen die Kommunen mit einer Erweiterung der Platzzahlen, auch wenn ihnen die Mittel fehlen, die Räumlichkeiten für den Ganztags deutlich zu erweitern. Hier gilt es die Räumlichkeiten der Schule zu überdenken. Schule ist nicht mehr nur ein Raum von acht bis eins, die Bedarfe des Offenen Ganztags sind einzubeziehen. Gefragt sind Möglichkeiten, sowohl die Identifikation mit dem eigenen Klassenzimmer zu erhalten - Schule ist sowohl Lern- wie Lebensort der Kinder -, als auch Räume multifunktional zu nutzen.

Der zu erwartende Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an den Grundschulen stellt die Kommunen vor eine sehr große Herausforderung, insbesondere, da die bisher benannten Zahlen zur finanziellen Unterstützung der Kommunen durch den Bund bei weitem nicht ausreichend sind, diese Aufgabe im Aufbau zu stemmen und in der Durchführung abzusichern.

Die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an den Grundschulen und die dazu notwendige auskömmliche Mitfinanzierung des Bundes wurde von unserer Grünen Bundestagsfraktion im Parlament eingebracht und wird stark forciert.



**Sandra Niedermaier:** Wie bereits oben erwähnt, sind wir als Schulträgerin verantwortlich für eine gute Schulinfrastruktur. Uns ist schon lange bewusst und die Corona-Pandemie hat dies noch einmal bekräftigt, dass wir im Bereich der Digitalisierung noch einiges zu tun haben. Daher liegt im Bereich der Digitalisierung einer unserer Investitionsschwerpunkte. Wir brauchen einen Masterplan, der die Digitalisierung der Ausstattung unserer Schulen vorantreibt und wir brauchen von Seiten des Landes klare Vorgaben und Pläne, wie die Digitalisierung den Unterricht ergänzen kann und soll. Lehrkräfte müssen entsprechend fortgebildet werden. Gerade in unseren Weiterführenden Schulen und Berufskollegs ist es wichtig, dass wir junge Menschen auf das Erwerbsleben 4.0 vorbereiten, ihnen den Weg für ein selbstbestimmtes Leben geebnet wird und sie nicht im Zuge der Digitalisierung auf der Strecke bleiben. Hierzu zählt auch eine funktionierende Hard- und Software in den Klassenräumen, damit keine wertvolle Unterrichtszeit verloren geht. Die SPD setzt sich dafür ein, dass haushalterische Mittel jenseits der Schulpauschale in den kommunalen und dem städteregionalen Haushalt für eine moderne und zeitgemäße Schulausstattung bereitgestellt wird. Wir wollen Schulen, die Orte des Lernens sind und in denen man sich gerne aufhält.



**Hendrik Schmitz:** Der **Masterplan Grundschule der Landesregierung**, für den insgesamt den 718 Mio. Euro vorgesehen sind, zielt neben der Verbesserung der personellen Rahmenbedingungen auch auf die Verbesserung der sächlichen Rahmenbedingungen an den Grundschulen. Die CDU-Geführte Landesregierung hat zudem das **bislang größte Investitionspaket für die Digitalisierung an Schulen** in Nordrhein-Westfalen geschnürt. **Als erstes Bundesland stattet NRW alle Lehrerinnen und Lehrer mit digitalen dienstlichen Endgeräten (Laptops, Notebooks und Tablets) aus.** Alleine für das Ausstattungsprogramm für Lehrkräfte stellt das Land NRW 103 Mio. Euro zur Verfügung. Gerade der Distanzunterricht unter Pandemiebedingungen hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Lehrkräfte über dienstliche Endgeräte verfügen. Denn damit wird rechtssicheres Arbeiten mit personenbezogenen Daten ermöglicht. Denn die Lehrerinnen und Lehrer benötigen nicht nur die technischen Mittel, sondern auch die rechtliche Absicherung.

Zusammen mit den Kommunen und dem Bund wurde ein weiteres millionenschweres Sofortausstattungsprogramm für mobile Endgeräte für den Unterricht gestartet. Schulen können mobile Endgeräte erwerben, um sie bedürftigen Schülerinnen und Schülern auszuleihen. **Damit in NRW demnächst alle Schülerinnen und Schülern mit modernen Endgeräten ausgestattet sind – unabhängig vom Einkommen der Eltern oder der häuslichen Situation.**

Für die **StädteRegion** bedeutet das: **Rund 3 Mio Euro** werden investiert, damit **alle für die Lehrerinnen und Lehrer in der StädteRegion ein dienstliches Endgerät** erhalten. **Mehr als 4,5 Mio Euro** stehen den Schulen in der Städtereion Aachen zur Verfügung, um ihren Schülerinnen und Schülern aus einkommensschwächeren Verhältnissen mit einem leistungsstarken Endgerät auszustatten. Jenseits ideologischer Scheingefechte wird hier sehr konkret Chancengerechtigkeit geschaffen in Zeiten von immer stärker zunehmenden digitalen Unterricht. **Insgesamt werden kurzfristig mehr als 7,5 Mio. Euro in die Digitalisierung der Schulen in der StädteRegion investiert!** Übrigens: Auch von Schulen aufgrund der Pandemie bereits gekaufte Geräte werden rückwirkend gefördert.

Die **StädteRegion ist Schulträger von 19 Schulen mit 21.000 Schülern.** Dazu zählen neun Berufskollegs (an zehn Standorten), sieben Förderschulen, zwei Weiterbildungskollegs und eine Schule für Kranke. **Eine zeitgemäße technische Ausstattung der städteregionalen Bildungseinrichtungen ist für die CDU ein Muss!** Hier wurden in den vergangenen Jahren bereits große Fortschritte gemacht. Mit Hilfe des Landes fördern wir eine **adäquate digitale Infrastruktur in unseren Schulen und Berufskollegs.** Unser Ziel ist: **Breitbandanschluss und WLAN möglichst im gesamten Schulgebäude, eine bedarfsgerechte Anzahl an Computerräumen, Präsentationstechnik (z.B. interaktive Weißwandtafeln) und Videotechnik (mittels eines Medienbusses) und schulexternen IT-Support.** Die StädteRegion ist als Schulträger von 19 Schulen auch verantwortlich für Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel dieser Schulen. Dabei werden die verschiedenen Alternativen bzgl. Ausbau und Standort eines neuen Berufskollegs derzeit intensiv diskutiert. Allerdings sind dieses Jahr erstmalig die Schülerzahlen an den Berufskollegs gesunken, sodass zunächst einmal festzustellen ist, ob es sich dabei um einen Abwärtstrend auch für die nächsten Jahre handelt.

Darüber hinaus unterstützt die CDU-geführte StädteRegion mit der **kommunalen Einrichtung des Euregionalen Medienzentrum Aachen** alle Schulen sowie Lehr- und pädagogische Fachkräfte in der Region bei der Entwicklung von Medienkompetenz, z.B. für **Fort- und Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen in medienpädagogischen und technischen Fragen.**

Die CDU in der StädteRegion unterstützt die **Modernisierung der schulischen Infrastruktur** nach und hat sich deswegen u.a. dafür eingesetzt, dass durch den Breitbandausbau in Zukunft **schnelles Internet überall in der Region** verfügbar sein wird.

### **3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

*Trotz veränderter Lehrerausbildung, gleichlangem universitären Studium, gleichlangem Referendariat, trotz der Tatsache, dass alle Lehrkräfte unabhängig von Schulstufe und Schulform heute Schlüsselqualifikationen vermitteln, Kinder mit und ohne Handicap unterrichten, Kinder mit Migrationshintergrund integrieren und mit Heterogenität umgehen, unterliegt die Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrer in NRW immer noch einem sozialen Ranking aus dem 19. Jahrhundert.*

*Das entspricht schon lange nicht mehr der Realität in den Schulen. Die oben beschriebenen Anforderungen belegen, dass die beruflichen Anforderungen und Leistungen von Lehrkräften nicht mehr in erster Linie am Niveau der vermittelten Inhalte gemessen werden können.*

*Wir fordern daher seit langem: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das umschreibt in NRW zudem einen Grundsatz von Verfassungsrang und ist schon lange durch die gleichwertige Lehrerausbildung gesichert.*

***Darüber hinaus hat die Landesregierung beschlossen mit Beginn des neuen Schuljahres Lehrkräfte aus dem Gymnasium an Grundschulen zu beschäftigen. Diese werden dann an der Grundschule mit A13 (EG13) besoldet, während die Grundschulkollegen, die den neuen Lehrkräften bei der Unterrichtsvorbereitung und der Ausbildung helfen nur A12 (EG11) erhalten!***



**Wie ist Ihre Haltung zu diesem Thema und wenn Sie diese unterstützen: Was unternehmen Sie um die Umsetzung dieses Themas voranzubringen und ENDLICH abzuschließen?**



**Frank Schniske:** Meine Meinung zu dem Thema ist hinlänglich bekannt. Ich empfinde es als eine Form der Gerechtigkeit, dass die Kolleginnen und Kollegen an Grundschulen und der Sekundarstufe I mit A13 besoldet werden müssen. Das wird nicht alleine den Lehrkräftemangel beseitigen, sorgt aber für eine Form von Gerechtigkeit. Für Würselen gesprochen wird es die Attraktivität der Stadt schmälern, wenn zuziehende Eltern wissen, dass ihre Kinder unter Umständen nicht mehr von gut ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet werden. Dann zieht man vielleicht eher in die Nachbarkommune. Konkret diskutiere ich dieses Thema immer wieder mit den Kolleginnen und Kollegen aus der FDP-Landtagsfraktion sowie im Landesfachausschuss „Bildung“ der FDP NRW. Schlussendlich umsetzen muss die Frage der Besoldung dann aber die Landesregierung.



**Karin Schmitt-Promny:** Die Qualität der pädagogischen Arbeit richtet sich nicht nach den Unterrichtsinhalten in den jeweiligen Schulstufen und Schulsystemen, sondern zeigt sich entscheidend in der Begleitung von Lernprozessen von Kindern und Jugendlichen und der erfolgreichen Vermittlung von Lerninhalten; Lesen und Schreiben lernen ist ebenso relevant wie die Vermittlung von Literatur, Grundlagen des Rechnens zu lernen ebenso wie das Lösen komplexerer mathematischer Aufgabenstellungen. Zudem spielt heute die Erziehung im Rahmen des Systems Schule bei einer größeren Heterogenität der Schülerinnen und Schüler in stärkerem Maße eine wichtige Rolle. Wir wollen, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam beschult werden, wir wollen, dass die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung gelingt. Die Anforderungen an die Lehrerschaft sind gewachsen.

In unserer Gesellschaft wird die Leistung von Lehrer\*innen und Erzieher\*innen in den frühen Jahren unserer Kinder immer noch unterschätzt. In Grundschule und Kita werden die Grundlagen für erfolgreicher Bildungsbiographien gelegt, hier liegt der Einstieg auf dem Weg zu mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder. Dieser darf nicht verpasst werden.

Demzufolge ist dem Bereich der Grundschulen und den dort tätigen Lehrer\*innen auch eine höhere Wertschätzung entgegen zu bringen. Die Relevanz der Arbeit gerade im Grundschulbereich muss anerkannt werden.

Wir Grüne haben in der Regierungszeit erreicht, dass das Studium für das Grundschullehramt dem Studium für andere Lehrämter angeglichen und gleichrangig wird, das Refendariat ist gleichlang. Die Gleichrangigkeit muss sich nun auch in der Bezahlung der Lehrkräfte niederschlagen. Wir unterstützen die Forderung des VBEs nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

Wir halten eine Situation nicht für tragbar, in der eine erfahrene Lehrkraft der Grundschule ein geringeres Gehalt erhält als eine junge Lehrkraft aus dem gymnasialen Bereich, die zeitlich befristet an die Grundschule abgeordnet ist, in der zudem die Grundschullehrkraft auch die Einarbeitung des/r Kolleg/in/en in den Grundschulbereich unterstützt.

Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit muss auf der Landesebene durchgesetzt werden. Unsere Grüne Landtagsfraktion fordert sie wiederholt von der Landesregierung ein. Mit unseren kommunalen Gliederungen unterstützen wir dieses Anliegen.



**Sandra Niedermaier:** Ihre Forderung „Gleicher Lohn, für gleich Arbeit“ unterstützen wir als SPD voll und ganz und das nicht nur als „Basis“ auf Kommunalen Ebene, sondern auch als NRW SPD. Ihre Frage ist daher einfach zu beantworten: Bei den Beratungen zum Landeshaushalt 2018 hat die SPD im Landtag 100 Millionen Euro mit dem Ziel die Besoldungsstufe A 13 für alle anzuheben beantragt. Die Attraktivität des Berufs muss vor allem für Grundschullehrer\*innen wieder erhöht werden. Diese Forderung wurde von der Regierung abgelehnt. Wir setzen uns dafür ein, dass die SPD diese Forderung umsetzt, sobald sie wieder in Regierungsverantwortung kommt.



**Hendrik Schmitz:** Die CDU in der StädteRegion unterstützt, dass Grundschulen für angehende Lehrerinnen und Lehrer wieder attraktiv sein müssen – auch finanziell! Die CDU setzt sich dafür ein, dass Lehrkräfte an Grundschulen mehr verdienen. Denn die bisherige Besoldung entspricht nicht mehr dem, was Grundschullehrerinnen und -lehrer heutzutage leisten.

Allerdings liegt die Frage von Besoldung und Bezahlung von Lehrkräften nicht im Bereich der kommunalen Kompetenzen. Auch als Schulträger ist die StädteRegion nicht der Arbeitgeber des pädagogischen Personals an den städteregionalen Bildungseinrichtungen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat zugesagt, noch in dieser Legislaturperiode die **besoldungsrechtlichen Konsequenzen aus der verlängerten Lehrerausbildung** zu ziehen. Die Landesregierung hat haushaltspolitische Spielräume geschaffen und Maßnahmen finanziert, um den massiven bildungspolitischen Investitionsstau in NRW Schritt für Schritt abzubauen. Dazu gehört, die Personalsituation an den Schulen zu verbessern sowie die Schulen zu modernisieren, zu digitalisieren und zu sanieren. Damit schafft die Landesregierung für Schülerinnen und Schüler ein besseres Unterrichtsumfeld und für Lehrerinnen und Lehrer bessere Arbeitsbedingungen. Ein Teil davon ist z.B. die Finanzierung der dauerhaften Sicherung von mehr als 6000 Stellen, bei denen Rot-Grün den Vermerk ‚kw‘ (=Künftig wegfallend) gesetzt hatte. Die CDU-geführte Landesregierung hat den **Masterplan Grundschule**, den **Digitalpakt Schule** und das **mittlerweile vierte Maßnahmenpaketen** ins Leben gerufen, um den **Lehrkräftemangel offensiv anzugehen**. Weil diese notwendigen Reformen im Schulsystem in NRW jahrelang verschlafen worden sind, sind diese Reformen prioritär. Alle diese millionenschweren Programme sind dabei seriös, solide und nachhaltig finanziert. Für die CDU-geführte Landesregierung ist stets wichtig: Den bildungspolitischen Investitionsstau abzubauen und ihn dabei immer haushaltspolitisch auf ein zukunftsfestes und tragfähiges Fundament zu setzen.

#### **4. Perspektiven für die Schulen der Zukunft in der Städteregion**

Die Schulen der Städteregion mit ihrem pädagogischen Personal sowie Eltern und Schülerinnen und Schüler erwarten, dass die Ausstattung der Schulen und damit die äußeren Rahmenbedingungen für Qualität des Lernens sich deutlich verbessern. Die Städteregion Aachen kann es sich nicht erlauben, dass Talente verloren gehen, weil die Kommunen nicht die nötigen finanziellen Mittel bzw. auch entsprechende zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellen (Anmerkung: Der VBE AC nimmt wahr, dass die Verkehrspolitik in der Städteregion auf politischer Ebene eine größere Rolle spielt als die Schul- und Bildungspolitik).



### **Welche Themen möchten Sie unmittelbar nach der Kommunalwahl anpacken? Welche Schwerpunkte setzen Sie bereits im ersten Jahr?**



**Frank Schniske:** Der angesprochene Neubau des Gymnasiums wird ein großes Thema im ersten Jahr werden, wobei mir wichtig ist, dass die anderen Schulen in Würselen nicht vergessen werden. Nach den Kommunalwahlen werde ich mich mit allen Schulleitungen und Elternvertretungen zusammensetzen und dann werden wir schauen, welche Schule welche konkreten Herausforderungen hat. Ich kann und werde nicht versprechen, dass in einem Jahr alle Sorgen und Probleme gelöst sind, aber ich bin mir sicher, dass die Schullandschaft in Würselen in einem Jahr besser dasteht als zum jetzigen Zeitpunkt.



**Ulla Griepentrog:** Die Vernetzung der Bildungsinstitutionen bildet die Grundlage einer bildungspolitischen Arbeit. Auf dieser Basis müssen wir gemeinsam für ausreichend Grundschulplätze incl. OGS Plätze sorgen, die Gesamtschulplätze müssen dem Bedarf angepasst werden und der Umbau von G8 zu G9 werden die anfängliche Arbeit bestimmen.

Nicht in Konkurrenz, sondern in Profilierung können die Schulen in Aachen gute Bildungsarbeit leisten.

Gemeinsam kann man dann ein 10 Jahresprogramm für den weiteren Schulausbau erstellen.

Die digitale Ausstattung der Schulen muss sofort in erhöhtem Tempo erfolgen incl. einem entsprechenden Angebot an Fortbildung und Austausch.

**Karin Schmitt-Promny:** Schulen der Zukunft ist ein hoher Anspruch und die Möglichkeiten der Kommunen diese zu gestalten sind eingeschränkt. Auch wenn die Kommunen und auch die Städteregion in ihrer Zuständigkeit rechtlich nur für die äußeren Schulangelegenheiten zuständig sind, stehen wir nach wie vor zur Aachener Erklärung des Städtetages, die eine kommunale Mitverantwortung auch für die innere Entwicklung von Schule sieht.

Dieser Ansatz bleibt auch in den kommenden Jahren eine wesentliche Verpflichtung. Dem tragen die Städteregion und die Kommunen mit dem Bildungsbüro seit vielen Jahren Rechnung. Mit vielfältigen Schwerpunkten begleitet das Bildungsbüro Themenstellungen, die für alle Schultypen relevant sind, bietet Diskussionsforen und Fortbildungen an, zur Begleitung von Schulentwicklungsprozessen, zum Gemeinsamen Lernen, zu Übergängen zwischen Schulsystemen, zu KAOA, zur kulturellen Bildung und zur Demokratieerziehung. Diese Angebote wollen wir weiterverfolgen und ggf. bedarfsgerecht weiterentwickeln.



Auch nach der Kommunalwahl setzen wir uns für den kontinuierlichen Ausbau des Programms Kobsi ein. Auch wenn dieses Programm nur eine kleine Unterstützung bieten kann, so trägt es doch dazu bei, mehr Schulen für das Gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung zu gewinnen. Hinsichtlich der Ausstattung der Schulen werden wir Grüne in der Städteregion wie in den Kommunen Ausbau- und Sanierungsprogramme kontinuierlich weiterverfolgen und versuchen weitere Mittel zu rekrutieren, z.B. aus zu erwartenden Bundesmitteln für den Ausbau der Ganztagsgrundschule.

Es bleibt eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Verbänden für die Relevanz des Bildungsbereichs in und für unsere Gesellschaft zu werben und sich dafür einzusetzen, dass ausreichend Mittel für die Schulentwicklung und für die Lehrkräfte zur Verfügung gestellt werden.



**Sandra Niedermaier:** Da sich die einzelnen Schulen in unterschiedlichen

Trägerschaften befinden, kann diese Frage nicht pauschal beantwortet werden. Wir richten unsere Schwerpunkte aber alle an einem Grundsatz aus: **Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und wir wollen im Bildungsbereich keinen Investitionsstau aufkommen lassen. Zukunft gibt es nicht für lau!** Und deshalb wird die SPD vor Ort dort Schwerpunkte setzen, wo am meisten der Schuh drückt. Investitionsschwerpunkte sind: - Digitalisierung - Gebäudeinfrastruktur - Ausbau der OGS Plätze an den Grundschulen - Regelmäßige Konferenzen aller Akteure der Bildungslandschaft der Städteregion, um Konzepte und Standards gemeinsam zu erarbeiten und zu definieren.



**Hendrik Schmitz:** Die StädteRegion ist Bildungsregion. Bildung und Ausbildung,

Schulen und Hochschulen nehmen einen hohen Stellenwert in der StädteRegion ein: von frühkindlicher Bildung bis zur Erwachsenenbildung, das akademische Leben in der Universitätsstadt Aachen genauso wie die Initiative „**Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule-Beruf in NRW**“ (KAoA) durch die **Kommunale Koordinierungsstelle im Bildungsbüro der StädteRegion**. Denn die berufliche Orientierung beginnt bereits in der Schule und diese Förderangebote begleitet diesen Übergang. Damit sichern wir in Zeiten des demografischen Wandels den Fachkräftenachwuchs für unsere Region. **Die CDU in der StädteRegion wird diese wichtige Förderung noch verstärken.** Als **Schulträger von neun Berufskollegs** steht die CDU-geführte StädteRegion hier in besonderer Verantwortung für 19.000 junge Menschen.

Ebenso in besonderer Verantwortung steht die StädteRegion beim Ziel der **Inklusion**: Als **Schulträger von sieben Förderschulen** hilft die CDU-geführte StädteRegion dabei den **Bestand des Förderschulsystems** zu sichern. Die Anmeldezahlen im Bereich der Städteregion lassen einen entsprechenden Bedarf erkennen. Die CDU möchte, dass alle Eltern für ihr Kind jeweils die Schulform wählen können, um für ihr Kind die besten Voraussetzungen zu schaffen, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen.

Ein durchgreifender Erfolg ist auch die **Bildungszugabe**, eine **Idee und Initiative der CDU**. Damit fördert die StädteRegion **außerschulischer Lernorte** für Kindertages- und Bildungseinrichtungen. Schulen aus unserer Region werden finanziell von der StädteRegion unterstützt, wenn sie mit Anbietern aus den Bereichen „*Kunst und Kultur*“, „*Sport*“ sowie „*MINT und Nachhaltigkeit*“ zusammenarbeiten. Jährlich nehmen bereits tausende Kinder und Jugendliche aus unserer Region diese interessanten und spannenden Angebote wahr. Die CDU setzt sich dafür ein, dass demnächst auch **landwirtschaftliche Betriebe als Lernort für Grundschüler** mit der Bildungszugabe gefördert werden.

Im Rahmen der begrenzten kommunalen Kompetenzen und jenseits der Funktion als Schulträger investiert die StädteRegion mit dem **Bildungsbüro der StädteRegion** viel an Kräften und Mitteln, um



**alle Schulen in der Region mit einem umfangreichen Angebot an Förderung, Beratung und Begleitung zu unterstützen:** u.a. Bildungszugabe und KAOA, die **Schulentwicklungsbegleitung**, das **ElPri-Angebot** (Übergang von der Elementar- in die Primarstufe) und das **ÜPS-Angebot** (Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe), das **Euregionale Medienzentrum Aachen**, die **MINT-Nachwuchsförderung** und das **städteregionale Mint-Netzwerk**, das **KuBiS-Angebot** (Kulturelle Bildung in der StädteRegion Aachen) und das **städteregionale KUBIS-Netzwerk**, das **Bildungsmonitoring** und **Begleitungs- und Beratungsangeboten zur systematischen Schulentwicklung** (Kulturelle Schulentwicklung, Projekt *Musikalische Grundschule, Unterstützung für Schulleitungen*). Hier ist viel geleistet worden und darauf wollen wir im engen Dialog mit Lehrerinnen und Lehrern aufbauen. Sei es bei der Stärkung der Qualität von Unterricht, bei der dem Thema Digitalisierung eine entscheidende Bedeutung zukommt oder bei der weiteren Profilierung der Bildungslandschaft in der StädteRegion Aachen.

Wir wollen keine Politikfelder gegeneinander ausspielen. Verkehrspolitik gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Dazu zählt im Übrigen auch die **Planung und Durchsetzung sicherer, d.h. gefahrloser, kindgerechter und übersichtlicher Schulwege**. Genauso ist die **Schülerbeförderung** durch den ÖPNV ein Teil der regionalen und kommunalen Verkehrspolitik. Denn auch das ist **Teil einer funktionierenden schulischen Infrastruktur**, die für alle wichtig ist: Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer.

Welchen zentralen Stellenwert Schul- und Bildungspolitik in der CDU-geführten Städteregion einnimmt, zeigt sich auch anhand des umfangreichen, bereits genannten Angebots an Förderung, Beratung und Begleitung von Schulen, Schülern, Eltern und Lehrkräften. Denn das sind zusätzliche Leistungen der Städteregion, die von der Politik gewünscht und gefördert worden sind, weil wir sie als notwendig und hilfreich erachten.